

## Protokoll der 13. Sitzung

vom 3. September 2012, 8.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

*Vorsitz* Hans Schwaninger

*Protokoll* Janine Rutz und Martina Harder Pfister

*Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)*  
Beat Hedinger, Jonas Schönberger, Sabine Spross, Felix Tenger.

*Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)*  
Thomas Hurter, Ursula Leu.

<i>Traktanden:</i>	<i>Seite</i>
1. Orientierungsvorlage des Regierungsrates vom 30. August 2011 betreffend Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie ( <i>Fortsetzung der Beratung</i> )	555
2. Postulat Nr. 2011/6 von Martina Munz vom 9. Mai 2011 mit dem Titel: «Ökologischer Strom als Standardprodukt»	571
3. Postulat Nr. 2011/7 von Heinz Rether vom 9. Mai 2011 mit dem Titel: «Smart Grid – Stromnetz der Zukunft»	572
4. Postulat Nr. 2011/8 von Matthias Freivogel vom 9. Mai 2011 mit dem Titel: «Kantonsinteressen in der Axpo durchsetzen»	573
5. Postulat Nr. 2011/9 von Thomas Wetter vom 9. Mai 2011 betreffend Förderung von Gemeinschaftsanlagen zur ökologischen Stromproduktion durch die EKS AG	574
6. Postulat Nr. 2011/10 von Daniel Fischer vom 9. Mai 2011 betreffend Energieregion Schaffhausen	575

**Neueingänge** seit der letzten Sitzung vom 27. August 2012:

1. Motion Nr. 2012/4 von Richard Altorfer sowie 7 Mitunterzeichnenden vom 20. August 2012 mit dem Titel: Schlankere Gesetze verlangen Verordnungsveto. Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Es sind die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um dem Kantonsrat die Möglichkeit einzuräumen, gegen Verordnungen, die nicht seinem gesetzgeberischen Willen entsprechen, sein Veto einzulegen. Dieses «Verordnungsveto» soll dem Sinn nach bestimmen, dass «12 (bzw. Anzahl n) Kantonsräte innerhalb von 60 Tagen gegen eine vom Regierungsrat beschlossene Verordnung oder Verordnungsänderung Einspruch einlegen können. Wird der Einspruch von der Mehrheit der anwesenden Kantonsräte bestätigt, so ist die Vorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen.»

2. Antwort der Regierung vom 28. August 2012 auf die Kleine Anfrage Nr. 2012/19 von Erwin Sutter vom 14. Juni 2012 betreffend Einkaufspolitik von Food-Serviceprodukten im Kantonsspital.

\*

**Mitteilungen** des Präsidenten:

Wie Sie alle wissen, findet heute das Henkermöhli des Kantonsrates statt. Zu diesem Zweck werde ich die Sitzung um 9.30 Uhr abbrechen. Um 10.15 Uhr fährt dann unser Extrabus vor der Clientis Bank hinter dem Bahnhof ab. Ich bitte Sie, sich pünktlich dort einzufinden.

Jedes Ratsmitglied, das im Besitz einer Bewilligung für das Parkieren auf öffentlichem Grund ist, darf das Auto auf dem Parkplatz stehen lassen. Die gleiche Regelung gilt für die Autos, die im Parkhaus Herrenacker abgestellt sind.

Wer mit dem Auto nach Beringen kommt, soll sein Fahrzeug bitte auf dem Brandplatz, oberhalb des Restaurants Gemeindehaus parkieren, da die Zahl der Parkplätze beim Gasthaus selbst beschränkt ist.

\*

**1. Orientierungsvorlage des Regierungsrates vom 30. August 2011 betreffend Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie (Fortsetzung der Beratung)**

Grundlagen: Amtsdrukschrift 11-58  
Bericht INFRAS zum Kernenergieausstieg des Kantons Schaffhausen vom 20. Mai 2011  
Kommissionsvorlage: Amtsdrukschrift 12-65

**Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP):** An der letzten Sitzung haben wir die Erklärung zum Postulat Nr. 2011/8 verabschiedet. Wir fahren weiter mit der Detailberatung und kommen zur Erklärung zum Postulat Nr. 2011/9. Grundlage für die Beratung bildet die Kommissionsvorlage, Amtsdrukschrift 12-65.

**Fortsetzung der Detailberatung**

**Erklärung zum Postulat Nr. 2011/9**

**Thomas Wetter (SP):** Wenn im Kanton bis ins Jahr 2034 50 Prozent des Potenzials der neuen erneuerbaren Energien ausgeschöpft werden soll, sind dafür Anstrengungen auf allen Ebenen erforderlich. Mit diesem Postulat habe ich die Schaffung einer Koordinationsstelle verlangt, die es auch Privaten ermöglichen soll, Solar- und Biogasanlagen erstellen zu können, auch wenn sie nicht selber über geeignete Dachflächen oder die nötigen Materialien zur Energieproduktion verfügen. Befürwortet der Rat jetzt die Stossrichtung der Orientierungsvorlage und wird diese Erklärung verabschiedet, werde ich mein Postulat zurückziehen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

**Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Die EKS AG soll Projekte für Gemeinschaftsanlagen zur ökologischen Stromproduktion fördern.»**

**Erklärung zum Postulat Nr. 2011/10**

**Daniel Fischer (SP):** Ich danke der Kommission, dass sie in einer Erklärung mein Postulat – wenn auch nur «prüfend» – aufgenommen hat. Trotzdem bitte ich um Verständnis, dass ich mein Postulat «Aufbau einer Energieregion Schaffhausen» nicht zurückziehen werde. Darüber habe ich die Fraktionen bereits informiert. Ich bin mir aber trotz dreimaligem E-

Mailversand nicht sicher, ob die SVP-JSVP-EDU-Fraktion meine Nachricht erhalten hat.

Dass ich mein Postulat nicht zurückziehe hat zwei Gründe: Bei meinem Vorstoss zur Schaffung einer «Energierregion Schaffhausen» handelt es sich um einen gewichtigen Grundsatzentscheid und nicht um irgendeinen Teil einer Aus- oder Umstiegsstrategie. Der Vorstoss hat weder mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, noch mit dem Umstieg auf neue erneuerbare Energien zu tun. Die SVP kann, auch wenn mein Postulat überwiesen wird, ihre drei neuen Atomkraftwerke bauen. Es geht um den Grundsatzentscheid, ob wir Schaffhausen mit gezielten Massnahmen und Projekten als eine der führenden Energieregionen der Schweiz aufbauen und über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus bekannt machen wollen. Wie positiv oder lukrativ dies sein kann, werde ich bei der Behandlung des Postulates ausführen. Zudem sollten solche Grundsatzentscheide mit Folgen für die Zukunft des Kantons im Rat mit Pro und Kontra ausdiskutiert werden können. Diese Debatte im Rat kann ich nur ermöglichen, wenn ich das Postulat nicht zurückziehe.

**Bernhard Müller** (SVP): Sowohl Ihr Postulat als auch Ihre Stellungnahme, dass Sie es nicht zurückziehen wollen, sind bei meiner Fraktion eingetroffen, Daniel Fischer.

Der Wunsch nach einer Energieregion Schaffhausen in allen Ehren, aber dieses Vorhaben ist bereits grösstenteils aufgegleist. So sind Städte wie Schaffhausen, Neuhausen und Thayngen langjährige Energiestädte, obwohl sie zum Teil noch Dörfer sind. Teilweise sind sie sogar mit Medailenlabels ausgezeichnet. Diesbezüglich müssen nach Worten und Labels auch Taten folgen. Die möglichen positiven Imageausstrahlungen eines Titels und viel Papier allein genügen nicht. Vielmehr müssen Schranken und teilweise hohe Hürden abgebaut werden, damit der Eigeninitiative von innovativen Personen und Organisationen keine Steine in den Weg gelegt werden. Kurzum: Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion wird die Überweisung des Postulats ablehnen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

**Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Es ist die Schaffung einer Energieregion Schaffhausen zu prüfen.»**

### Erklärung zur Motion Nr. 2011/3

**Martina Munz (SP):** Stromsparen ohne auf Komfort zu verzichten, das ist der Sinn dieser Motion. Gerade im Sommer sollten wir nicht Strom verbrauchen, um damit in den Privathaushalten Warmwasser zu produzieren.

Ursprünglich hatte meine Motion den Titel «Warmwasseraufbereitung mit Sonnenkollektoren». Die Erweiterung der Motion, dass Warmwasser grundsätzlich mit erneuerbaren Energien aufbereitet werden soll, finde ich sehr sinnvoll. Dies soll aber nicht dazu führen, dass Fotovoltaikanlagen oder allenfalls auch Labels von erneuerbarem Strom genügen, um Elektroboiler weiter zu betreiben.

Es handelt sich um eine wichtige Effizienzmassnahme, die aber nur ergriffen werden kann, wenn das Baugesetz entsprechend angepasst wird. Ich frage deshalb Baudirektor Reto Dubach an, wann er gedenkt, eine Revision des Baugesetzes zu veranlassen. Wird damit bis zur definitiven Genehmigung des Richtplanes zugewartet, so wird das noch mehrere Jahre dauern. In dieser Zeit werden munter neue Elektroboiler ohne Kombisysteme installiert, die dann rund 20 bis 30 Jahre lang unsere Energiebilanz bezüglich Stromverbrauch belasten. Will man diese Effizienzmassnahme schnell durchsetzen, braucht es eine rasche Anpassung des Baugesetzes, noch bevor eine Totalrevision ansteht. Grundsätzlich bin ich mit dieser Erklärung zufrieden, möchte aber mehr Informationen zum Zeitplan und zum Prozess der Anpassung des Baugesetzes erhalten.

**Christian Heydecker (FDP):** Die Forderung dieses Vorstosses habe ich bei meinem Haus bereits umgesetzt. Dementsprechend erfolgt bei mir zu Hause die Warmwasseraufbereitung nicht mehr durch die Ölheizung, sondern durch eine Luftwärmepumpe. Dadurch sparen wir zwar CO<sub>2</sub> und Öl ein, aber die Stromrechnung ist massiv gestiegen.

**Regierungsrat Reto Dubach:** Martina Munz hat sich nach dem Zeitplan der Baugesetzrevision erkundigt. Dazu ist zu bemerken, dass zurzeit auf eidgenössischer Ebene ähnliche Bestrebungen im Gange sind. Insbesondere ist geplant, die Mustervorschriften der Kantone zu verschärfen. Dementsprechend besteht in diesem Bereich eine interkantonale Koordination. Ausserdem ist sowieso vorgesehen, unser kantonales Baugesetz 2013 oder 2014 einer Revision zu unterziehen. Dabei müssen auch noch weitere Revisionspunkte miteinbezogen werden. In diesem Zusammenhang wird Ihr Anliegen ebenfalls geprüft und aufgenommen werden. Denn, wollen wir dies einführen, so müssen wir entsprechende Über-

gangsvorschriften garantieren können. Deswegen müssen die Arbeiten zur Baugesetzrevision zügig vorangetrieben werden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

**Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Die Warmwasseraufbereitung muss bei Neubauten und grösseren Umbauten mehrheitlich auf erneuerbarer Energie oder Abwärme basieren.»**

#### **Erklärung zur Motion Nr. 2011/4**

Das Wort wird nicht gewünscht.

**Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Alle ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen sind im Zusammenhang mit einer grösseren Innensanierung oder innert nützlicher Frist zu ersetzen.»**

#### **Erklärung zum Postulat Nr. 2011/11**

**Matthias Frick (AL):** Ich bin bereit, mein Postulat zurückzuziehen, wenn diese Erklärung so verabschiedet wird und wir von der Orientierungsvorlage im befürwortenden Sinn Kenntnis nehmen. Der Text der Erklärung gefällt mir fast noch besser als mein eigener Postulatstext.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

**Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Die Abklärungen zur Errichtung eines Holzkraftwerkes zur Strom- und Wärmeengewinnung sind voranzutreiben.»**

#### **Allgemeine Erklärung zur Orientierungsvorlage gemäss dem Antrag der Spezialkommission**

**Christian Ritzmann (JSVP):** Als Reaktion auf den Antrag von Martina Munz, die dadurch die Schlussformulierung «Der Kantonsrat stimmt der Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie zu» anpassen wollte, habe ich in der letzten Sitzung einen Antrag auf einen vollständigen Verzicht der umstrittenen Formulierung in Aussicht gestellt. In der Zwischenzeit hat Martina Munz ihren Antrag zugunsten des Vorschlags der Kommission zurückgezogen. Daher besteht aus meiner Sicht nun Unklarheit, wie

sich diejenigen aus meiner Fraktion, die zwar mit der Grundstossrichtung der Regierung einverstanden sind, allerdings aus ordnungspolitischen Gründen gegen einen Blankoscheck an die Regierung sind, verhalten sollen. Lassen Sie mich kurz Klarheit schaffen.

Ich stimme Martina Munz zu, dass es sich bei der von der Kommission vorgeschlagenen Formulierung um eine «Wischwaschi»-Formulierung handelt. Und genau darin steckt das Problem. Sie nützt nämlich tatsächlich niemandem etwas, weder der Regierung noch der Bevölkerung. Die Regierung, die mit der konkreten Umsetzung vor einer gewaltigen Herausforderung steht, weiss trotz der ausführlichen Beratungen in diesem Rat noch nicht genau, welche notwendigen Gesetzesänderungen im Parlament Mehrheiten finden könnten. Die Linke fordert eine Förderabgabe; bei uns stösst die Einführung einer solchen Ökosteuern oder einer Lenkungsabgabe grossmehrheitlich auf Ablehnung. Dies schafft unnötige Unsicherheit, da nun niemand weiss, was dieser Rat grossmehrheitlich will; es drohen unnötige Leerläufe. Unschön ist die Situation aber auch für unsere Bevölkerung. Es wäre aus meiner Sicht wichtig, dass die Bevölkerung weiss, wo die jeweiligen Politiker in der Energiepolitik stehen. Da aber konkrete Anträge der Regierung fehlen und wir über eine «Wischwaschi»-Formulierung debattieren, scheint dies praktisch unmöglich zu sein.

Sehr geehrter Regierungsrat Reto Dubach, ich glaube, es würde sich lohnen, darüber nachzudenken, ob Sie und ihre Regierungskolleginnen und -kollegen bei einem ähnlichen Problem das nächste Mal nicht besser konkrete Massnahmen beantragen oder es bei einer einfachen Kenntnisnahme belassen möchten, anstatt solche «Wischwaschi»-Formulierungen vorzuschlagen. Gemeinsam könnten wir das Ziel wohl schneller erreichen.

Um Klarheit zu schaffen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich kurz erläutern, was die im vorher beschriebenen Zwiespalt stehenden Mitglieder unserer Fraktion bei der anstehenden Schlussabstimmung über diese Formulierung tun werden. Wie bereits ausgeführt, haben wir ordnungspolitische Bedenken gegen die grundsätzliche Befürwortung der aufgezeigten Stossrichtung. Wir wollen der Regierung keinen Blankoscheck ausstellen. Trotzdem, und das habe ich bereits in meinem Votum vor einer Woche ausgeführt, finde ich die Orientierungsvorlage zu weiten Teilen eine gute Vorlage. Wir müssen uns in Schaffhausen, im Speziellen vor dem Hintergrund des geplanten Atommüllendlagers, Gedanken machen, wie wir unsere Energieversorgung ohne Atomstrom sicherstellen können. Wir wollen diesem zukunftsorientierten Denken nicht im Wege stehen. Daher werden wir trotz unserer Bedenken dem Kompromissvorschlag der Kommission zustimmen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir wollen nicht verhindern, sondern wir wollen eine lösungsorientierte Politik betreiben. Das tun wir allerdings vor dem Hintergrund, und das will ich an dieser Stelle nochmals festhalten, dass wir lediglich die grundsätzliche Stossrichtung und nicht alle vorgeschlagenen Massnahmen der Regierung unterstützen. Die angedachten Massnahmen der Regierung werden wir, sofern uns die Regierung eine entsprechende Vorlage zukommen lässt, auf ihre Nachhaltigkeit prüfen. Nachhaltigkeit beruht nach meiner Definition aber nicht nur auf der Säule der Ökologie, sondern auch auf jener der Ökonomie und auf jener der Gesellschaft. Bei der ökologischen Dimension müssen wir darauf achten, dass wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen nur in dem Mass beanspruchen, wie sie sich wieder regenerieren können. Die wirtschaftliche Dimension verlangt von uns zusätzlich, zu beachten, dass eine Massnahme nur dann nachhaltig ist, wenn wir sie dauerhaft betreiben können. Hier geht es auch um die Finanzierbarkeit. Schliesslich geht es aber auch um die soziale Dimension; eine Massnahme soll in der Gesellschaft nicht zu dauerhaften Spannungen führen. Als Beispiel sei hier der Landschaftsschutz genannt. Massnahmen zu finden, welche all diesen Säulen genügen, ist eine Herkulesaufgabe für die Regierung. Ich wünsche ihr dabei viel Erfolg.

**Bernhard Egli (ÖBS):** Mit der Verabschiedung der Vorlage und mit den ausgearbeiteten und in der Kommission breit abgestützten Erklärungen kommt der Rat hinsichtlich unserer Energiezukunft einen wichtigen Schritt weiter. Die ÖBS-EVP-Fraktion verlangt deshalb für die Abstimmung über die allgemeine Erklärung Namensaufruf.

**Kommissionspräsident Urs Capaul (ÖBS):** Zuerst möchte ich mich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie die bisherigen Erklärungen gutgeheissen haben. Meines Erachtens ist das ein Zeichen gegen aussen und auch ein Signal für die Regierung, in welche Richtung sie nun tätig werden kann. Ich gebe Christian Ritzmann recht, dass es sich dabei um einen Kompromiss handelt. Meiner Meinung nach ist es aber kein «Wischiwaschi»-Kompromiss, denn er zeigt doch eine Stossrichtung auf, ohne dass er der Regierung einen Blankoscheck ausstellt. Zu den einzelnen Massnahmen wird es separate Vorlagen geben, über die der Kantonsrat im Detail nochmals diskutieren und befinden kann. Mit Ihrer Definition der Nachhaltigkeit bin ich einverstanden. Ökologie und Ökonomie sollten nicht auseinanderdividiert werden, so wie Sie das nun vielleicht ein bisschen getan haben. Denn Ökologie ist nichts anderes als Langfrist-Ökonomie. Stimmt die Ökonomie langfristig, dann «verhebt» es auch ökologisch. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Stossrichtung bei der folgenden Abstimmung unter Namensaufruf zu bejahen.

**Christian Heydecker** (FDP): Ich möchte Ihnen noch einmal darlegen, weshalb ich die Orientierungsvorlage lediglich zur Kenntnis nehme und die Stossrichtung, so wie das in der Erklärung verlangt wird, nicht befürworte.

Was beinhaltet die Stossrichtung dieser Vorlage? Grundsätzlich besteht sie aus drei Pfeilern: dem Kauf von Zertifikaten, dem Ausbau der erneuerbaren Energien im Kanton und der Finanzierung dieser beiden Pfeiler durch eine Förderabgabe von etwa 1,5 Rappen pro Kilowattstunde. Bereits an der letzten Sitzung habe ich darauf hingewiesen, dass ich noch von niemandem gehört habe, dass er den Kauf von Zertifikaten befürworte. Zu Recht ist gesagt worden, dass damit lediglich Augenwischerei betrieben werde, die etwas koste und das Gewissen beruhigen solle. Mehr passiert nicht. Des Weiteren soll zur Finanzierung der Strategie eine Förderabgabe eingeführt werden. Mindestens aus bürgerlichen Kreisen habe ich keine Zustimmung zu dieser Massnahme gehört. Ohne die Förderabgabe sind aber all die schön geplanten Massnahmen nur Schall und Rauch. Dementsprechend muss, wer den Massnahmen zustimmen will, auch deren Finanzierung befürworten, denn ich gehe nicht davon aus, dass eine Mehrheit die Massnahmen über die allgemeinen Steuermittel finanzieren will. Ist man gegen eine Förderabgabe – das zentrale Element dieser Orientierungsvorlage –, meine Damen und Herren, dann kann man der Stossrichtung nicht zustimmen.

Die Botschaft zum Ausbau der erneuerbaren Energien höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, wenn man sieht, wie schwierig es ist, im Kanton Schaffhausen erneuerbare Energien auszubauen, seien es Biogasanlagen in Thayngen oder Windräder auf dem Randen oder in Stein am Rhein. Gegen Letzteres tritt sogar die SP an. Auch beim Höherstau des Rheins regt sich Widerstand. Übrig bleibt noch die Fotovoltaik. Das ist aber genau die teuerste Energieform, die sich zudem noch am weitesten weg von der Marktfähigkeit befindet. Aber gerade in diesen Bereich soll das ganze Geld investiert werden. Ob das sinnvoll ist, wage ich zu bezweifeln.

Damit wären wir bei den entsprechenden Potenzialen dieser erneuerbaren Energien. Ich glaube nicht daran, dass wir diese im beschriebenen Masse ausbauen können. Zudem, und das ist der wichtigste Punkt, hat der Regierungsrat selber in dieser Orientierungsvorlage geschrieben, dass damit einzig und allein ein Zeichen gesetzt werden solle. Ich habe es bereits an der letzten Sitzung gesagt: Wenn die Politik Signale setzen will, kostet das in der Regel sehr viel Geld, aber bringt sehr wenig. In diesem Zusammenhang sprechen wir von etwa 5 bis 6 Mio. Franken, die jährlich ausgegeben werden sollen. Dieser Betrag fällt nicht einfach vom Himmel, sondern den müssen wir alle bezahlen. Seien wir ehrlich: Der Strom, der dann aus der Steckdose kommt, ist immer noch derselbe,

auch wenn wir die Strategie umgesetzt haben. Deshalb hat der Regierungsrat zu Recht geschrieben, dass wir die Risiken der Kernenergie für unseren Kanton kein bisschen vermindern. Es geht lediglich um eine Signalwirkung.

Was die Energieeffizienz betrifft, gibt es in dieser Orientierungsvorlage gute Aspekte. Dazu bekenne ich mich auch. Aber das sind Nebenpunkte. Die von mir erwähnten Aspekte sind die Hauptpunkte der Stossrichtung und hinter diesen kann ich persönlich nicht stehen, weshalb ich der allgemeinen Erklärung auch nicht zustimmen werde.

**Thomas Wetter** (SP): Wir müssen jetzt aufpassen, dass wir keinen Scherbenhaufen hinterlassen. Die Vorarbeit für diese Orientierungsvorlage hat sich über mehrere Jahre hingezogen. In der Kommission hat man des Langen und Breiten darum gerungen, einen Kompromiss zu finden, was schliesslich auch gelungen ist. Wir kommen nicht darum herum, im befürwortenden Sinn von der Vorlage Kenntnis zu nehmen.

Diese Orientierungsvorlage ist ein austariertes System. Kündigt man bereits jetzt an, dass man diverse Teile wieder daraus entfernen wolle, fällt das ganze Konstrukt in sich zusammen. Im Zusammenhang mit den Ausführungen von Christian Heydecker zur Förderabgabe möchte ich ihn daran erinnern, dass im deutschen Versorgungsgebiet der EKS AG eine Abgabe von 3,9 Cent pro Kilowattstunde zur Förderung erneuerbarer Energien verlangt wird; bei uns sind es lediglich 0,9 Rappen. Die deutsche Förderabgabe wurde dieses Jahr sogar noch um 70 Prozent erhöht. Europaweit betrachtet, verfügt die Schweiz über die tiefsten Strompreise. Unsere innovative Wirtschaft bricht überhaupt nicht zusammen, wenn wir die Strompreise ein wenig erhöhen, denn die Konkurrenz muss bereits jetzt viel höhere Preise bezahlen.

Zu Christian Ritzmann: Urs Capaul hat bereits ausgeführt, dass die beiden Begriffe Ökologie und Ökonomie zusammengehören und nicht auseinanderdividiert werden können. Wer langfristig denkt, bringt Ökologie und Ökonomie unter einen Hut; anders geht es nicht. Länder, die in diesem Bereich ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben, wie die Billigproduktionsländer, kommen nun auf die Welt. Auch die Chinesen wissen, dass sie nicht ständig weitere Kohlekraftwerke bauen können und investieren enorme Summen in Windparks und Solarzellen. Denn mittelfristig können sie nur auf dem bisherigen Niveau weiter produzieren, wenn sie dabei ihre Umwelt nicht zur Schnecke machen.

Ich bitte Sie, dem Kompromissvorschlag der Kommission zuzustimmen, sodass die Regierung ein wenig Planungssicherheit erhält. Es bringt nichts, wenn Sie diese Orientierungsvorlage jetzt nur zur Kenntnis nehmen und Sie dann, sobald uns die Regierung einzelne Vorlagen unterbreitet, wieder dagegen sind. Denken Sie daran: Es geht um eine Einheit,

um ein Gesamtkonstrukt. Nur wenn wir dieses in den nächsten Jahren mehr oder weniger so umsetzen, können wir auch die ambitionierten Ziele erreichen.

**Gottfried Werner** (SVP): Meine Lebenserfahrung sagt mir: Sei vorsichtig mit neuen Gesetzen, denn sie holen dich immer wieder ein und du bist in vielen Dingen der Leidtragende. Wahrscheinlich ist es auch hier ein bisschen so.

Im Grossen und Ganzen kann ich Christian Heydecker zustimmen. Ich sage Ihnen jetzt einmal etwas: Die Linke hat gut reden, da die höheren Strompreise in die Teuerung miteinberechnet werden; diese wird dann ausgeglichen. Zwar sagen Sie jetzt, dass dann alle mehr bezahlen müssten, aber wahrscheinlich wird das, wie so oft, nicht der Fall sein und in den Dörfern werden Betriebe eingehen. Die Staatsangestellten erhalten automatisch einen Teuerungsausgleich, wenn die Energiekosten steigen. Dieser Punkt stimmt für mich nicht. Ich könnte dem zustimmen, wenn wir auf den Teuerungsausgleich verzichten würden und der Lebensunterhalt dadurch für alle etwas teurer würde.

Mit Gesetzen, die vor 30 oder 40 Jahren beschlossen wurden, habe ich meine Erfahrungen gemacht. Sie holen die Betriebe ein und diese verschwinden. So sterben in der Landschaft ganze Dörfer aus.

**Andreas Frei** (SP): Es handelt sich nicht um ein Gesetz. Wir sollen als Kompromiss die Stossrichtung der Orientierungsvorlage befürworten. Die von Christian Heydecker erwähnten Pfeiler beziehungsweise Massnahmen werden wir zu einem späteren Zeitpunkt separat und im Detail beraten. Wenn ich mir sein Votum so anhöre, wird das sicher eine angelegte Diskussion geben, die wir aber nicht heute führen. Dann sind auch die Details bekannt und es wird aufgezeigt werden, wie dieses Gesetz beziehungsweise die Förderabgabe ausgestaltet werden soll. Des Weiteren entscheiden wir nicht heute darüber, ob die EKS AG, die Städtischen Werke und das Werk Hallau fusionieren sollen. In diesem Zusammenhang ist auch lediglich eine projektorientierte Zusammenarbeit denkbar. Beispielsweise könnten sie eine Investitionsgesellschaft gründen, die Projekte organisiert oder mit der sie gemeinsam in Projekte investieren. Darüber werden wir aber zu gegebener Zeit abstimmen.

Bildlich gesprochen stehen wir heute vor einer Tür und mit dem Kompromissvorschlag der Kommission öffnen wir diese Tür. Danach werden wir in hunderten von Seiten und Artikeln die Details beraten. Nehmen wir den Bericht aber nur zur Kenntnis, so nehmen wir auch lediglich zur Kenntnis, dass eine Tür existiert. Das ist mir zu wenig. Ansonsten könnte ich, wenn das Thema nicht so ernst wäre, dem Präsidenten auch den Antrag stellen, dass zur Kenntnis zu nehmen sei, dass der Himmel heute bewölkt

ist. Das ist doch einfach schwach und deshalb werde ich einer reinen Kenntnisnahme nicht zustimmen. Vor allem dann nicht, wenn Willi Josel, als er an der letzten Sitzung das Parteiprogramm der SVP vorstellt hat, ausführt, dass kein Atomkraftwerk nötig sei und einen Tag später die SVP Schweiz genau das Gegenteil erzählt. Oder Christian Heydecker, der sagt, dass weiterhin der gleiche Strom aus der Steckdose komme. Wenn ich solche Behauptungen höre, dann müssen wir dem Kompromissantrag der Kommission erst recht zustimmen.

**Jürg Tanner (SP):** Christian Heydecker, Ihr Votum erstaunt mich. Ich kann mich gut daran erinnern, dass wir für andere Signale bereits sehr viel Geld bezahlt haben, unter anderem bei den Steuersenkungen. In diesem Zusammenhang hat Ihre Partei immer wieder betont, dass es dabei zwar nicht um viel Geld gehe – nur um ein oder zwei Steuerprozent – aber man müsse ein Signal aussenden. An dieser Behauptung haben Sie jahrelange festgehalten, aber nun lassen Sie in Bezug auf den Ausstieg aus der Kernenergie dieses Argument nicht mehr gelten. Meines Erachtens betreibt die freisinnige Seite in diesem Zusammenhang Heuchelei. Bei der Abstimmung unter Namensaufruf werden wir sehen, wie Sie sich entscheiden. Dann wissen auch die Wähler Bescheid.

Überspitzt gesagt, tönt es bei der SVP so: Man will zwar etwas nicht, und etwas kosten darf es sowieso nicht. Da gebe ich Gottfried Werner recht. Es muss etwas kosten, und zwar für alle. Diese Einsicht vermisse ich ein wenig in dieser Debatte. Wir haben das Gefühl, wir könnten ein Problem lösen, ohne uns einschränken zu müssen und ohne dass es uns etwas kostet beziehungsweise dass es so weiter geht wie bisher. Das glaube ich aber nicht. Meiner Meinung nach werden wir umdenken müssen. Zudem bin ich der Ansicht, dass wir unseren heutigen Luxus nicht nur mit Windrädern und Fotovoltaikanlagen aufrechterhalten können. Symptomatisch finde ich, dass wir für die Hinreise ans Henkermöhli einen Extrabus bestellt haben. Wir hätten aber auch den städtischen Bus nehmen können.

Meines Erachtens sind wir alle nicht besonders lernfähig und werden alle umdenken müssen. Je früher wir uns auf den Weg machen, desto besser. Daher finde ich die Befürwortung der Stossrichtung eine gute Sache. Sie wird uns aber etwas kosten: Anstrengung, Geld und Verzicht.

**Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP):** Für die Rückfahrt von Beringen, Jürg Tanner, benützen wir den öV und sie müssen ihn erst noch selbst bezahlen. Sie sehen, wie ökologisch wir sind.

**Martina Munz (SP):** Ich erwarte von Christian Heydecker etwas mehr Sorgfalt. Er hat gesagt, die erste Säule unserer Strategie sei der Einkauf von Zertifikaten. Das ist falsch. Wenn Sie im Bericht der INFRAS auf Seite 8 nachsehen, sind die beiden Varianten in einer Tabelle sehr genau beschrieben. Die Strategievariante 1 basiert hauptsächlich auf dem Einkauf von Zertifikaten; die Strategievariante 2 ist mit dem Titel «regionale Wertschöpfung» versehen. Die Kommission hat sich der Meinung der Regierung angeschlossen und sich für die regionale Wertschöpfung als Strategie ausgesprochen. Ich möchte Ihnen zu bedenken geben, dass erneuerbare Energien und Effizienzmassnahmen eine Chance sind, denn sie bringen Wertschöpfung in unsere Region. Jeder Franken, den wir hier investieren, verbleibt in der Region und geht nicht zu den Saudis oder irgendwo anders hin. Geben Sie bitte mit der Strategievariante 2 ein Bekenntnis zugunsten unserer Region ab.

**Erwin Sutter (EDU):** Wir haben jetzt gehört, dass wir mit der Befürwortung der Stossrichtung der Regierung keinen Blankoscheck ausstellen. Dieses Anliegen, keinen Blankoscheck auszustellen, habe ich auch in der Kommission vertreten. Der Kommissionspräsident hat dies noch einmal bestätigt. Ich würde gerne von der Regierung hören, ob sie unsere allfällige Befürwortung der Stossrichtung nicht am Ende doch als Blankoscheck interpretiert.

Zu den Zertifikaten: In diesem Zusammenhang wurden bereits sehr viele Produktionsanlagen, die erneuerbare Energien produzieren, gebaut, weshalb sich für mich die Frage stellt, ob es überhaupt noch weitere Produktionsanlagen braucht. Ich weiss nicht, ob die Regierung sich dieselbe Frage stellen wird, wenn wir nun die Stossrichtung befürworten.

Die Förderabgabe ist ein grosses Diskussionsthema. Ich könnte mir vorstellen, dass es möglich wäre, diese am Rat vorbei zu schmuggeln. Muss beispielsweise ein Elektrizitätswerk Solarstrom oder Strom aus Windkraftwerken übernehmen, so löst dies zusätzliche Kosten aus. Diese können dann durch höhere Strompreise quersubventioniert werden. Dafür braucht es keine Förderabgabe, die vom Rat genehmigt werden muss.

Bezüglich des Ausbaus der erneuerbaren Energien hat sich die Kommission gefunden und die Stossrichtung für richtig befunden. Für mich ist es jedoch wichtig zu wissen, dass wir zu den einzelnen Punkten, die wir als Erklärungen durchgewunken haben, noch einmal im Rat Stellung nehmen können beziehungsweise dass diese noch einmal im Detail diskutiert werden. Darüber muss ich Klarheit haben. Nicht dass wir alle meinen, dem sei so und schliesslich ist es aber nicht so.

**Theresia Derksen** (CVP): Wir haben eine Orientierungsvorlage vor uns, die eine Stossrichtung vorgibt. Massnahmen, die etwas kosten, erfordern zu einem späteren Zeitpunkt separate Vorlagen, die wir dann wieder diskutieren können. Wir, insbesondere auch wir CVP-Mitglieder, bekennen uns zu dieser Stossrichtung, weil sie uns richtig erscheint. Wer zum Voraus sagt, dass etwas nicht geht, der hat bereits aufgegeben und will nicht nach einer Lösung für ein Problem suchen. Mit der Befürwortung stellen wir der Regierung keinen Blankoscheck aus, sondern unterstützen die Stossrichtung. Deshalb bitte ich Sie, im befürwortenden Sinne von dieser Orientierungsvorlage Kenntnis zu nehmen.

**Markus Müller** (SVP): An der letzten Sitzung war ich tatsächlich verärgert, als Martina Munz ihren Antrag auf Zustimmung gestellt hat. Denn mit Zustimmung gehen wir noch einen Schritt weiter als mit der Befürwortung. Erstere entspricht einem Blankoscheck, der alle in der Vorlage aufgeführten Punkte enthält. Das ist nun aber passé, da Martina Munz ihren Antrag zurückgezogen hat, worüber ich sehr froh bin.

Mit Christian Ritzmann hat sich die junge Stimme der SVP und auch die junge Stimme dieses Rates zu Wort gemeldet, was mich sehr freut. Und wenn Sie ihm gut zugehört haben, konnten Sie einiges heraushören.

Die Diskussionen in der Kommission waren lange und intensiv. Wir konnten uns dabei sehr gute Meinungen bilden. Dem Kommissionsantrag wurde mit 11 zu 0 zugestimmt. Ich gehe davon aus, dass sie auch heute der Befürwortung zustimmen werden, auch wenn Staatsschreiber Stefan Bilger nun den Vorschlag in zwei Anträge aufgeteilt hat. Schliesslich sind wir nicht dafür bekannt, unsere Meinung nach jeder Sitzung zu ändern.

Zu Christian Heydecker: Die Sache mit den Zertifikaten wurde, Martina Munz hat es richtig gesagt, bereits durch die Kommission abgeschwächt, indem sie sich für die Strategievariante 2 ausgesprochen hat. Natürlich wird dieses Thema wieder zur Sprache kommen und dann werden wir dies nochmals diskutieren und die meisten Kreise werden dann einsehen, dass der Zertifikathandel keine Lösung ist. Das ist lediglich Augenwischerei und ein Nebenschauplatz, über den es sich nicht lohnt, zu viele Worte zu verlieren.

Es ist eine Tatsache, dass der Strom zu billig ist. Auch wir wissen das. Ich hoffe, dass die meisten von Ihnen, das Büchlein der Avenir Suisse, das wir letzte Woche erhalten haben, gelesen haben. Dessen Inhalt scheint mir in diesem Zusammenhang interessant zu sein.

Einer der Schlüsselpunkte der Vorlage ist, dass zur Steuerung, Koordination und zum Monitoring des Projekts Kernenergieausstieg ein Projektausschuss gebildet werden soll. Die Kommission empfiehlt diese Massnahme und aus diesem Grund befürworte ich die Stossrichtung der Strategie. Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, dass der Prozess

auf diese Weise nicht vom Regierungsrat geführt, sondern von Kantonsräten begleitet wird. In gewissen Fragen wird dadurch der Rat nach seiner Meinung gefragt und teilweise sogar das Volk. Dass wir etwas machen müssen, ist – so glaube ich –, unbestritten.

Ich bin heute zur Ansicht gelangt, dass wir der Befürwortung zustimmen können. Eine Abstimmung unter Namensaufruf finde ich unglücklich, denn dabei wird es ein paar Hardliner geben, die zeigen müssen, wo sie stehen.

Der EKS AG kommt beim Kernenergieausstieg eine zentrale Rolle zu. Dies wird in Gesprächen mit betroffenen Personen deutlich. Diesbezüglich bin ich nicht der gleichen Meinung wie der Energiedirektor und habe das auch schon mehrmals moniert. Eine Strategie wird im Verwaltungsrat eines Unternehmens festgelegt. Im Falle der EKS AG setzt sich dieser heute aus Industriemanagern zusammen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass auch die politische Meinung in diesem Gremium vertreten sein sollte, da sie die Stossrichtung mitprägt und die Entscheide vorbereitet. Mit Topmanagern an der Spitze ist das wahrscheinlich schwierig, da sie eine andere Sichtweise als die Volksvertreter beziehungsweise die Politiker haben, die näher an der Basis sind.

**Heinz Brütsch (FDP):** Die Diskussionen vom letzten Montag und von heute und auch die Ergebnisse der Kommission sprechen für mich eine eindeutige Sprache. Man soll der Vorlage und ihrer Stossrichtung zustimmen beziehungsweise sie befürworten. Unsere Fraktion hat dies ebenfalls so diskutiert und wird dem auch mehrheitlich zustimmen.

Im Vorfeld der Regierungswahlen wurde in Leserbriefen aus unseren Reihen, aber auch aus der Bevölkerung dem Energiedirektor beziehungsweise dem Regierungsrat generell eine sehr gute Arbeit attestiert und das Vertrauen ausgesprochen. Vertrauen braucht es auch in diesem Zusammenhang. Der Energiedirektor hat signalisiert, dass er die Befürwortung nicht als Freibrief verstehen werde, sondern dass in die Ausarbeitung der einzelnen Vorlagen Begleitgruppen aus Fachleuten, Gemeindevertretern, Fraktionsvertretern, Verbände und Organisationen einbezogen werden sollen. Meine Damen und Herren, so werden die Vorlagen breit abgestützt und es werden die richtigen Diskussionen geführt. Dementsprechend sollten wir nun die Vorlage und auch die Stossrichtung befürworten.

**Heinz Rether (ÖBS):** Ich möchte noch etwas zu Christian Heydecker sagen. Man kann gegen etwas sein. Wenn man aber so fundamental gegen etwas ist, muss man doch eine Alternative aufzeigen oder mindestens andeuten. Sie nehmen sich aber, indem Sie gegen diese Befürwortung stimmen, selber die Möglichkeit, Alternativen aufzuzeigen. Da wahr-

scheinlich aber eine Mehrheit für die Befürwortung stimmen wird, haben Sie dann genügend Zeit, sich Alternativen zu überlegen und uns diese bei den entsprechenden Vorlagen darzulegen. Ich wäre froh, wenn Ihre Alternative nicht einfach den Status quo beinhaltet, mit dessen Bewahrung wir keinen Schritt vorwärts kommen.

**Regierungsrat Reto Dubach:** Ich möchte Ihnen Mut machen. Bringen Sie den Mut auf, indem Sie die Stossrichtung für die Energiewende in unserem Kanton befürworten und den nötigen Optimismus an den Tag legen, damit wir diesen Weg in den nächsten Jahren gemeinsam bewältigen können.

Wofür braucht es überhaupt ein Signal? Wie auch immer Sie sich heute entscheiden, Sie senden damit ein Signal aus. Befürworten Sie die Stossrichtung, legen Sie damit ein Bekenntnis zum Energieumstieg ab und Sie nehmen eine gewisse Weichenstellung vor. Lehnen Sie hingegen die Befürwortung der Stossrichtung ab, so senden Sie ebenfalls ein Signal aus, aber genau in die entgegengesetzte Richtung. Sie sagen damit, dass Sie auf der bisherigen Position verharren, weiterhin an der Kernenergie festhalten und Ersatzkernkraftwerke bauen wollen. Die Stromversorgungssicherheit kann, wenn wir nicht von Kernenergie auf erneuerbare Energien umsteigen, in den 2020er und 2030er Jahren nur mit Ersatzkernkraftwerken gewährleistet werden. Gleichzeitig zeigen Sie damit der ganzen Schweiz, dass der Kanton Schaffhausen an der Kernenergie festhält und demnach offenbar bereit ist, ein atomares Tiefenlager in seiner Region zu beherbergen. Man kann nicht für Kernenergie sein und gleichzeitig ein atomares Tiefenlager ablehnen. Dieser Widerspruch wurde meinen Regierungskolleginnen und -kollegen in Gesprächen auf nationaler Ebene mit Entscheidungsträgern x-mal vorgehalten. Wir müssen in dieser Frage Klartext sprechen und das tun Sie mit der Befürwortung.

Mit der nun vorzunehmenden Weichenstellung geben Sie uns keinen Blankoscheck. Gerne führe ich dies am Beispiel der Förderabgabe aus. Jetzt wird dieses Schreckgespenst der Förderabgabe an die Wand gemalt. Ich habe mit Regierungsratsmitgliedern, auch mit bürgerlichen, aus dem Kanton Basel-Stadt gesprochen. Dieser Kanton kennt die Förderabgabe und sie ist dort völlig akzeptiert. Abgesehen davon sagen wir heute weder Ja noch Nein zu einer Förderabgabe und auch nicht zu einer Lenkungsabgabe. Sollten wir jemals eine Förderabgabe einführen wollen, braucht es dafür eine entsprechende Vorlage an den Kantonsrat.

Die ordnungspolitische Komponente wurde bereits mehrfach erwähnt. Mit der Orientierungsvorlage wollten wir das Parlament bereits in einer frühen Phase miteinbeziehen. Der Kantonsrat hat immer wieder moniert, dass er oft erst einbezogen werde, wenn es schon fast zu spät sei. Nun wollten

wir im Sinne der guten Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament das Gegenteil tun, sodass Sie frühzeitig äussern können, in welche Richtung es gehen soll.

Haben Sie Mut. Und wenn Sie auf diesem Weg Widerstand befürchten, machen Sie es wie die Fussballer des FC Kantonsrat. Überwinden Sie diesen Widerstand und kämpfen Sie. Die Energiewende wird uns Rückschläge, aber auch Fortschritte bringen und Chancen eröffnen. Ich bin davon überzeugt, dass sich Ökologie und Ökonomie auf diesem Weg vereinbaren lassen, denn nur unter dieser Prämisse ist der Regierungsrat bereit, diesen Weg zu gehen. Ziehen Sie mit! Ich danke Ihnen dafür.

**Willi Josel (SVP):** Ich lasse mir nicht einfach etwas unterstellen. Meine Haltung zu Atomstrom ist bekannt; ich bin ein vehementer Gegner. Ich bin aber anderer Meinung als der Regierungsrat. Wenn ich heute Nein zur Stossrichtung sage, heisst das nicht, dass ich automatisch Ja zu Atomkraftwerken sage. Das ist nicht der Fall und diese beiden Dinge darf man nicht miteinander verknüpfen. Zudem bin ich davon überzeugt, dass es in der Schweiz nie mehr ein neues Atomkraftwerk geben wird, auch wenn dies gewisse Leute behaupten.

Meine Position ist klar: Ich bin ein Gegner von Atomstrom und von einem atomaren Tiefenlager in unserer Region. Dennoch sollte nicht beides in den gleichen Topf geworfen werden.

Aufgrund meiner Zustimmung zum Agglomerationsprogramm wird mir heute vorgeworfen, ich hätte auch der Velobrücke in Neuhausen am Rheinfall zugestimmt. Dieser Vorwurf wird auch im Zusammenhang mit der Befürwortung der Stossrichtung laut werden. Das will ich vermeiden.

**Kommissionspräsident Urs Capaul (ÖBS):** Der Zertifikathandel wurde mehrfach erwähnt. Für einen sofortigen Kernenergieausstieg ist er eine notwendige Übergangslösung; eine dauerhafte Lösung ist er aber nicht. Die Kommission favorisiert die Variante der regionalen Wertschöpfung. Martina Munz hat dies ausgeführt. Bei diesem Szenario geht Avenir Suisse von einer Steigerung der Beschäftigtenzahl um 60 Prozent aus. Ich hoffe, Sie unterstützen diese Lösung ebenfalls.

Zur Förderabgabe als Finanzierungsinstrument: Warten wir doch zuerst einmal die dazugehörige Vorlage ab. Eine Förderabgabe kennen diverse Städte und Kantone und deren Wirtschaft musste deswegen nicht den Bankrott erklären.

Zur Verminderung der Risiken: Christian Heydecker hat gesagt, wir würden mit der Strategie die Risiken um kein Jota vermindern. Das ist zynisch und nicht richtig. Passiert im Kernkraftwerk Leibstadt etwas, sind auch wir davon betroffen. Stellen wir hingegen die Atomkraftwerke Leibstadt und Beznau ab, dann haben wir die Risiken vermindert.

Markus Müller hat zu Recht auf den billigen Strompreis hingewiesen. Der Strom ist tatsächlich zu billig, da die Kostenwahrheit, gerade bei der Atomindustrie, fehlt. Die Endlagerung ist durch die momentanen Preise nicht bezahlt, meine Damen und Herren. Der Atomstrom wäre heute wesentlich teurer, wenn dies in die Berechnung miteinbezogen würde, und wäre im Gegensatz zur Solarenergie auch nicht mehr marktfähig.

Seit dem 1. Juli 2012 beträgt die deutsche Einspeisevergütung für Solarstrom von Grossanlagen ab 1 Megawatt Leistung 15,5 Cent pro Kilowattstunde. Damit nähern wir uns einem Preis, der demjenigen des Atomstroms entspricht. Windstrom ist noch günstiger. Wenn wir von Kostenwahrheit sprechen, und das müssen wir, und wenn wir aus der Kernenergie aussteigen wollen, kommen wir nicht darum herum, für erneuerbare Energien auch faire Preise zu bezahlen. Dazu müssen wir den technischen Fortschritt in die Berechnung miteinbeziehen. Das bedeutet, dass diese Preise langfristig sinken werden.

Ich bitte Sie zum Schluss nochmals: Befürworten Sie die Stossrichtung dieser Orientierungsvorlage und stimmen Sie mit Ja.

### **Abstimmung**

Die nötigen 12 Stimmen für die Abstimmung unter Namensaufruf werden erreicht.

### **Abstimmung unter Namensaufruf über die allgemeine Erklärung zur Orientierungsvorlage**

**Für die Erklärung stimmen:** Andreas Bachmann, Werner Bächtold, Franz Baumann, Franziska Brenn, Heinz Brütsch, Richard Bühner, Urs Capaul, Theresia Derksen, Bernhard Egli, Iren Eichenberger, Daniel Fischer, Andreas Frei, Matthias Freivogel, Matthias Frick, Peter Gloor, Andreas Gnädinger, Erich Gysel, Thomas Hauser, Urs Hunziker, Peter Käppler, Florian Keller, Martin Kessler, Ursula Leu, Franz Marty, Georg Meier, Bernhard Müller, Markus Müller, Martina Munz, Stephan Rawyler, Heinz Rether, Christian Ritzmann, Peter Scheck, Rainer Schmidig, Hans Schwaninger, Manuela Schwaninger, Jeanette Storrer, Patrick Strasser, Erwin Sutter, Dino Tamagni, Jürg Tanner, Alfred Tappolet, Nihat Tektas, Gottfried Werner, Thomas Wetter, Regula Widmer.

**Gegen die Erklärung stimmen:** Werner Bolli, Samuel Erb, Christian Heydecker, Florian Hotz, Beat Hug, Willi Josel, Ueli Kleck, Lorenz Laich, Josef Würms.

**Enthaltungen:** Richard Altorfer.

**Entschuldigt abwesend sind:** Beat Hedinger, Thomas Hurter, Jonas Schönberger, Sabine Spross, Felix Tenger.

**Mit 45 : 9 wird die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet:** «Der Kantonsrat befürwortet die in der Orientierungsvorlage aufgezeigte Stossrichtung.»

Das Postulat Nr. 45 (2009/5) «Ausstieg aus der Atomenergie» von Thomas Wetter wird damit stillschweigend als erledigt abgeschlossen.

\*

**2. Postulat Nr. 2011/6 von Martina Munz vom 9. Mai 2011 mit dem Titel: «Ökologischer Strom als Standardprodukt»**

Postulatstext: Ratsprotokoll 2011, S. 161

*Schriftliche Begründung*

*Die EKS AG liefert heute in ihrem Strommix 80 Prozent Atomstrom. Die meisten Kundinnen und Kunden sind sich nicht bewusst, wie viel Atomstrom aus der Steckdose kommt. Das Axpo-Produkt «Naturstrom Blue» wird für 2 Rappen Aufpreis angeboten, Clean Solution Ökostrom für 4 Rappen Aufpreis. Für eine Familie bedeutet dies Mehrkosten von rund 6 beziehungsweise 12 Franken pro Monat, ein Betrag, den sich die meisten Familien gerne leisten würden. Aus Unwissenheit oder Bequemlichkeit wechseln aber viele Kundinnen und Kunden nicht zu einem ökologischeren Produkt. Als Standardprodukt soll deshalb ein Strommix aus ausschliesslich Ökostrom angeboten werden.*

*Den Kundinnen und Kunden der EKS AG soll weiterhin die Auswahlmöglichkeit offen stehen, gegen Aufpreis auch ein ökologisch noch wertvolleres Produkt als das Standardprodukt zu wählen oder auf den möglicherweise billigeren Atomstrommix auszuweichen. Damit entstehen vor allem dem Gewerbe keine Standortnachteile.*

**Martina Munz (SP)** zieht auf Anfrage des Ratspräsidenten ihren Vorstoss kommentarlos zurück.

**Nachdem Martina Munz ihr Postulat zurückgezogen hat, wird es von der Traktandenliste abgesetzt.**

\*

### **3. Postulat Nr. 2011/7 von Heinz Rether vom 9. Mai 2011 mit dem Titel: «Smart Grid – Stromnetz der Zukunft»**

Postulatstext: Ratsprotokoll 2011, S. 162

#### *Schriftliche Begründung*

*Während bislang Stromnetze mit zentraler Stromerzeugung dominieren, geht der Trend in Zukunft hin zu dezentralen Erzeugungsanlagen. Dies führt zu einer wesentlich komplexeren Struktur primär im Bereich der Lastregelung und zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität. Die Gefährdung der Netzstabilität ist immer wieder ein Argument der E-Werke gegen zu viele dezentrale Stromproduktionsstätten. Durch das intelligente Strommanagement in Form von lokalen «Smart Meter» aus denen dann in der Gesamtheit ein regionales «Smart Grid», ein intelligentes Stromnetz, entsteht, könnte die Netzstabilität nachhaltig gesichert werden. Für Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch für den Stromversorger würde so ein Instrument geschaffen, das den Verbrauch besser koordinier- und planbar macht.*

*Generell werden elektrische Energieversorgungsnetze, auf die mögliche Höchstbelastung ausgelegt. So sind beispielsweise im Jahr 2009 Stromnetze in der Schweiz im Jahresdurchschnitt nur zwischen 30 bis 40 Prozent ausgelastet. Netzbetreiber sind zwecks Gewinnmaximierung bestrebt teure Lastspitzen zu vermeiden und im theoretischen Idealfall nur einen möglichst zeitlich konstanten Lastanteil, welcher über dem sogenannten Grundlastanteil liegt, zu haben. Diese Nivellierung der Last kann mittels intelligenter Netze «Smart Grids» und lokaler «Smart Meters», intelligenter Stromzähler, durch automatische Steuerungen und Kontrolle von Verbrauchsanlagen erfolgen. Intelligente Stromnetze, wie «Smart Grid» wären dringend notwendig, um die Netzstabilität bei dezentraler Stromerzeugung wie in Biogas-, Photovoltaik- Windenergieanlagen und Kleinwasserkraftwerken zu gewährleisten. Die Schweizer Firma Landis+Gyr ist in diesem Bereich Marktführer. Die ABB empfiehlt ebenfalls diese Technologie für die Energieversorgung der Zukunft. In seiner diesjährigen Zielsetzung, dem Jahr der Solarenergie, müsste der Kanton konsequenterweise auch diesen zweiten Schritt machen, um einer sicheren dezentralen Stromversorgung im Kanton Schaffhausen den Weg zu ebnen.*

*Bis 2020 müssen in der EU 80 Prozent der Haushalte mit intelligenten Stromzählern, sogenannten «Smart Metern», ausgestattet sein. Das schreibt eine Energieeffizienzrichtlinie vor. Der Sinn für Kunden soll vor allem darin liegen, dass sie den Stromverbrauch besser kontrollieren können.*

**Heinz Rether** (ÖBS) zieht auf Anfrage des Ratspräsidenten seinen Vorstoss kommentarlos zurück.

**Nachdem Heinz Rether sein Postulat zurückgezogen hat, wird es von der Traktandenliste abgesetzt.**

\*

**4. Postulat Nr. 2011/8 von Matthias Freivogel vom 9. Mai 2011 mit dem Titel: «Kantonsinteressen in der Axpo durchsetzen»**

Postulatstext: Ratsprotokoll 2011, S. 162

*Schriftliche Begründung*

*Nach den Ereignissen von Tschernobyl und Fukushima wird deutlich, dass die Kernenergie keine taugliche Lösung darstellt, um unseren Energiehunger zu stillen. Die Beherrschbarkeit dieser Technik zur Stromerzeugung ist nicht in genügendem Ausmass gegeben. Das Risiko für Mensch und Natur ist zu hoch.*

*Es drängt sich somit ein Strategiewechsel in der Energieversorgung auf: Die Wende zur nachhaltigen Stromproduktion muss so rasch als möglich eingeleitet werden. Grosskonzerne müssen dabei ihre Verantwortung für eine nachhaltige Stromerzeugung wahrnehmen und zukunftsgerichtete Projekte vorantreiben. Die Kantone sind Eigentümer der Axpo und können deren strategische Ausrichtung bestimmen. Einige Kantonsregierungen haben bereits signalisiert, so auch der Schaffhauser Regierungsrat, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie nötig sei und auf die ökologische Stromerzeugung gesetzt werden müsse. Dies gilt es nun in der Axpo umzusetzen.*

**Matthias Freivogel** (SP): Von der letzten Antwort unseres Energiedirektors war ich etwas enttäuscht. Sie fiel etwas dürftig aus. Trotzdem werde ich mein Postulat zurückziehen. Ich bitte ihn aber, im Axpo-Verwaltungsrat mit der gleichen Verve zu sprechen, wie er dies vor der Abstimmung über die allgemeine Erklärung getan hat. Meines Erachtens braucht Herr Karrer noch einen gewissen Schubs an seinen Karren. Ich habe den Energiedialog der Axpo gelesen und mir scheint es, als mache er bei diesem Umstieg nur sehr zögerlich mit. In Zwischensätzen nörgelt er, dass die Kraftwerke statt der ursprünglich vorgesehenen 50 Jahre auch 60 Jahre betrieben werden könnten. Und dann sagt er: «Doch nach dem Ende der Betriebszeit der Kernkraftwerke wird die Axpo rund 40 Prozent des Stroms durch andere Quellen ersetzen müssen; im Winter werden es oft bis zu 80 Prozent sein.»

Regierungsrat Reto Dubach, im Verbund mit dem Vertreter des Kantons Zürich, der auch ein Schaffhauser ist, dürften etwas deutlichere Worte für den Kernenergieausstieg notwendig und erforderlich sein.

**Nachdem Matthias Freivogel sein Postulat zurückgezogen hat, wird es von der Traktandenliste abgesetzt.**

\*

**5. Postulat Nr. 2011/9 von Thomas Wetter vom 9. Mai 2011 betreffend Förderung von Gemeinschaftsanlagen zur ökologischen Stromproduktion durch die EKS AG**

Postulatstext: Ratsprotokoll 2011, S. 162

*Schriftliche Begründung*

*Eine grosse Zahl von Dachflächen auf landwirtschaftlichen, industriellen oder öffentlichen Gebäuden ist für die Solarstromproduktion optimal ausgerichtet. Vielen Besitzerinnen und Besitzern solcher Dachflächen oder von anderen für die Produktion von erneuerbarer Energie geeigneten Standorten fehlt oft die fachliche Kompetenz oder das nötige Kapital für solche zukunftsgerichtete Investitionen.*

*Demgegenüber würde eine zunehmende Zahl von Konsumentinnen und Konsumenten gerne in solche Energieanlagen investieren, verfügen aber nicht über geeignete Dachflächen oder Standorte. Ausserdem können grössere Gemeinschaftsanlagen an optimalen Standorten effizienter und kostengünstiger betrieben werden.*

*Die EKS AG übernimmt eine aktive Rolle als Vermittlerin und Koordinatorin für eine nachhaltige Energieproduktion in der Region. Sie kann diesen Auftrag auch an private Firmen, auch in Zusammenarbeit beispielsweise mit der Bürgerinitiative Solarkomplex GmbH übertragen, die bereits im deutschen Versorgungsgebiet mit der EKS AG zusammenarbeitet.*

**Thomas Wetter** (SP) zieht auf Anfrage des Ratspräsidenten seinen Vorstoss kommentarlos zurück.

**Nachdem Thomas Wetter sein Postulat zurückgezogen hat, wird es von der Traktandenliste abgesetzt.**

\*

## 6. Postulat Nr. 2011/10 von Daniel Fischer vom 9. Mai 2011 betreffend Energieregion Schaffhausen

Postulatstext: Ratsprotokoll 2011, S. 163

### *Schriftliche Begründung*

*Die Attraktivität eines Kantons für mögliche Zuzüger (Privatpersonen oder Unternehmen) hängt von vielen Faktoren ab. Einer davon ist das Image, das der Kanton ausstrahlt. Wird Schaffhausen über die Kantonsgrenzen hinaus, in Bezug auf erneuerbare Energien, als eine der führenden Energieregionen wahrgenommen, so trägt dies zu einer markanten Imageverbesserung bei.*

*In vielen Bereichen könnten gezielte Projekte und Massnahmen bezüglich erneuerbaren Energien zum Ziel «Energieregion Schaffhausen» führen. Stichworte: Sensibilisierung, Energieeffizienz, Energie-Produktion, Ansiedlung von Energie-Produzenten, Forschung und Entwicklung, Ausbildung, Unterstützungsplattformen und vieles mehr. Möglich wäre auch, Schaffhausen gezielt zu einem Kompetenzzentrum in Bezug auf eine der zukunftssträchtigen Energiequellen und/oder Speichertechnologien zu machen.*

*Schaffhausen tut gut daran, alle Möglichkeiten zu nutzen, die dem Ansehen des Kantons mit entsprechender Aussenwirkung förderlich sein können.*

*Eine Energieregion passt in die Bestrebungen des Kantons zur Verbesserung der Attraktivität unseres Lebensraums. Von einer Energieregion könnten vor allem ländliche Gebiete mit ihrem Potenzial für erneuerbare Energien wirtschaftlich profitieren. Die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung und eine wünschbare sanfte wirtschaftliche Entwicklung würden dadurch auch auf der Landschaft spürbar.*

**Daniel Fischer (SP):** Ich war heute Morgen von «Mutmacher» Regierungsrat Reto Dubach hell begeistert und freue mich bereits darauf, dass er meinen Vorstoss genau so euphorisch unterstützen wird.

In meinem Postulat geht es um einen Grundsatzentscheid. Wollen wir Schaffhausen mit gezielten Massnahmen und Projekten als eine der führenden Energieregionen der Schweiz etablieren und über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus bekannt machen? Wird Schaffhausen beispielsweise zu einem Vorzeigemodell bezüglich Energieeffizienz oder zu einem Kompetenzzentrum bezüglich Speichertechnologien, so hat dies für unseren Kanton einen unschätzbaren Wert und eine enorm grosse Ausstrahlung und Auswirkung. Was möglich ist, wenn man nur will und es auch frühzeitig anpackt, möchte ich am Beispiel einer kleineren Gemeinde aufzeigen. Ich habe bewusst kein Grossprojekt gewählt, um zu

zeigen, dass jede Gemeinde in der Lage ist, eine Energieregion zu werden.

Bei meinem Beispiel handelt sich um die Gemeinde Wildpoldsried, eine kleine Gemeinde im Allgäu, Bayern. Sie hat 2'500 Einwohner und ist eine tiefschwarze CSU-Gemeinde. Zudem war sie ziemlich verschlafen, bevor man sich entschied, zur Energieregion aufzusteigen. Heute prangt auf der Plakette unter dem Ortsschild das Label «Energieeffiziente Gemeinde».

Was haben die Wildpoldsrieder unternommen? Sie haben Fotovoltaikanlagen auf den meisten Dächern der Bauernhäuser installiert – 26'000 m<sup>2</sup> Fotovoltaikanlagen liefern 3,3 Megawattstunden Strom; sie installierten neun Windräder auf einer Waldanhöhe und nahmen einige Biogasanlagen in Betrieb; zudem verfügt die Gemeinde über eine zentrale Dorfheizung mit Pellets und Biogas. Die Erfolgsbilanz lässt sich sehen: Die Wildpoldsrieder erzeugen dreimal so viel Strom, wie sie selber verbrauchen; sie erzielen grosse Einnahmen durch dessen Einspeisung; zudem haben sie einen grossen Bekanntheitsgrad als Energieeffizienz-Region erreicht. Auch erzeugte ihre Vorreiterrolle eine grosse Sogwirkung. Die Wirtschaft wurde regelrecht angekurbelt. Etliche Fotovoltaik-Firmen säumen heute die Allgäuer Bundesstrasse in Richtung Wildpoldsried. Innovative Nischenfirmen im Energiebereich siedelten sich an, unter anderem der Nischenmarktführer SEMA, der Planungssoftware für energiesparende Holzbau-Architektur entwickelt. Auch Siemens wurde auf die Gemeinde aufmerksam und startete dort einen Modellversuch mit Smart Grid. Für das Projekt «Irene» stellte Siemens der Gemeinde eine ganze Flotte Elektroautos und die technische Ausrüstung für ein Smart Grid zur Verfügung.

All dies sei nur möglich gewesen, weil man der Bevölkerung habe glaubhaft machen können, dass alle Einwohner schliesslich von solchen Investitionen profitieren würden. Jeder zehnte Einwohner hat sich an den Investitionen beteiligt und erzielt nun eine sehr gute Rendite. Insgesamt wurden in der Gemeinde 25 Mio. Euro investiert. Einige Dorfbewohner wollten sogar auf der Ortskirche Solarzellen installieren. Zu bemerken ist, dass es keine juristischen Streitereien gab. Auf die Frage, wie er sich erkläre, dass sich so viele innovative Firmen ansiedelten und damit auch viele Arbeitsplätze schafften, meinte der Bürgermeister trocken: «Weil wir heute schon da sind, wo andere in zehn Jahren sein werden.»

Sie sehen, wer rasch handelt und vorangeht, hat grosse Chancen, eine führende Rolle in einem Bereich zu übernehmen. Wer zu spät kommt, den bestraft die Langsamkeit.

Genau darum geht es bei meinem Vorstoss: Packen wir es an. Machen wir Schaffhausen beispielsweise zu einem Kompetenzzentrum in Bezug auf eine der zukunftssträchtigen Energietechniken: solarthermische Kälte-

anlagen, Biomasse, Stromgewinnung aus Biomüll, aus Abfall – bereits die Errichtung der Biogastanks in der KB Hard lockte Interessenten aus Russland an –, Biomining – bei dieser Technik lösen Mikroben Metalle umweltfreundlich aus Erzen oder PC-Müll –, CO<sub>2</sub>-Nutzung zur Herstellung von Kunststoff.

Jetzt werden Sie sagen, dass andere Gemeinden bezüglich erneuerbaren Energien bereits sehr weit sind. Aber wir könnten uns auf Speichertechnologien spezialisieren, denn das wurde bisher zu wenig getan und in diesem Bereich haben wir grosse Probleme. Ich schlage Ihnen jetzt nicht ein Pumpspeicherkraftwerk auf dem Reiat oder auf dem Randen vor. Aber weshalb soll Schaffhausen nicht zu einem Kompetenzzentrum für Speichertechnologien werden? Wir könnten ein Forschungszentrum für elektrische, chemische und thermische Speichertechnologien initiieren, Ausbildungswege anbieten, Unterstützungsplattformen aufbauen und Produzenten von Speichertechnologien, zum Beispiel einen Lithium-Luft-Batterienhersteller, ansiedeln.

Spreitenbach beweist übrigens, dass man sich auch auf andere Art als Energieregion etablieren kann. Vor zehn Tagen wurde dort das Erlebniszentrum «Energiepark Spreitenbach» eröffnet. Oder machen wir Schaffhausen ganz allgemein zu einer herausragenden Energieregion. Letzten Montag und heute Morgen haben wir bereits erste Schritte in diese Richtung getan.

Was würde es konkret für unseren Kanton bedeuten, wenn wir eine Energieregion werden würden? Wir müssen darauf achten, dass der Kanton, die Bevölkerung und die Wirtschaft am gleichen Strick ziehen. Anhand des vorherigen Beispiels haben wir gesehen, wie sich die Bevölkerung motivieren und sensibilisieren lässt. Der Kanton würde eventuell als Dienstleister, als Berater oder als Initiant auftreten, beispielsweise durch den Aufbau einer Datenbank mit Energiefachleuten für erneuerbare Energien aus der Region, einer Datenbank mit Energieunternehmen im Bereich erneuerbarer Energien, mit der Initiation von Modellprojekten, mit Beratung bei der Integration erneuerbarer Energien in bestehende Systemlösungen, mit einem automatisierten Energiemanagement, mit Unterstützung bei der Vermarktung solcher Technologien, mit gemeinsamen Massnahmen, mit Aus-, Fort- und Weiterbildung und mit Kooperationsplattformen für Forschung und Entwicklung. Die Firmen und Unternehmen müssen natürlich ebenfalls eingebunden werden, indem man zum Beispiel Labels an die sich beteiligenden Unternehmen verleiht, die sich besonders energiesparend verhalten oder für erneuerbare Energien einsetzen. Das Knonauer Amt – um ein Schweizer Beispiel zu nennen –, verleiht solche Labels. Als Unternehmen kann man so Partner der Energieregion Knonauer Amt werden. Die Agir AG verfügt über ein solches Label, weil sie 50 Prozent ihres mineralischen Rohstoffbedarfs aus Se-

kundärbaustoffen bezieht und den Fuhrpark mit einem Gemisch aus Diesel, Bio-Diesel und Speiseöl betreibt. Die Mobiliar-Versicherung konnte man ebenfalls als Partner gewinnen. Sie bietet den Einwohnern einen sehr günstigen Öko-Tarif für erdgas- und ethanolbetriebene Fahrzeuge und für Hybrid-Autos an. Und die Zürcher Kantonalbank bietet im Knauer Amt grosszügige Unterstützung für energieeffiziente Bauten an. Wer Besitzer eines solchen Labels ist, würde aufgelistet und dann auch in Broschüren oder ähnlichem erscheinen, die der Kanton verwaltet.

Ich bitte Sie, meinem Postulat zuzustimmen, weil wir damit einen wichtigen Schritt in die Zukunft machen würden. Immerhin wollen wir unseren Kanton attraktiver gestalten.

Zum Schluss hätte ich noch eine Frage an Regierungsrat Reto Dubach. Vor einigen Wochen verkündete das Bundesamt für Energie, welche elf Regionen der Bund auf dem Weg zu einer Energieregion finanziell und personell unterstützt. Schaffhausen war nicht dabei; auch nicht unter jenen 20 Regionen, die sich beworben hatten. Warum, Herr Regierungsrat, haben Sie sich im März 2012 nicht um dieses Projekt beworben, obwohl die Regierung ein Strategiepapier zum Ausstieg aus der Kernenergie ausgearbeitet hatte? Die personelle und finanzielle Bundesunterstützung im Rücken hätte uns einen zentralen Startbonus auch für Ihr Strategiepapier verschafft, vor allem im Hinblick auf die Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung. Vielleicht können Sie mir dazu noch eine Antwort geben.

**Regierungsrat Reto Dubach:** Ich kann die Antwort auf die zuletzt gestellte Frage vorwegnehmen: In Tat und Wahrheit ist es den Kantonen gar nicht möglich, an diesen Pilotversuchen teilzunehmen. Teilnahmebedingung für die Pilotregion ist, dass jede Gemeinde der Region Energiestadt sein muss. Mit anderen Worten: Alle 27 Schaffhauser Gemeinden müssten Energiestädte sein, dann wäre eine Teilnahme möglich gewesen. Wir haben aber nur drei Energiestädte: Schaffhausen, Thayngen und Neuhausen am Rheinfall. An sich wäre es Sache der Kommunen gewesen, daran teilzunehmen. Für den Kanton bestand aus dem genannten Grund gar keine Teilnahmemöglichkeit.

Zum Postulat: im Zusammenhang mit dem Bericht zum Kernenergieumstieg wurde eine Erklärung dazu verabschiedet. Darin steht, dass die Schaffung einer Energieregion zu prüfen sei. Meines Erachtens reicht diese Erklärung aus und das Postulat braucht es nicht mehr, denn wir werden aufgrund der verabschiedeten Erklärung die nötigen Abklärungen vornehmen, auch im Sinne des Postulanten. Daher bitte ich Sie, dieses Postulat nicht zu überweisen. Zudem wäre es auch den anderen Kantonsräten gegenüber, die ihren Vorstoss zurückgezogen haben, nicht konsequent, wenn hier anders verfahren würde.

Im Übrigen ist es natürlich nicht so, dass der Vorstoss Fischer nichts mit dem Kernenergieausstieg zu tun hat, denn in der Vorlage selbst ist die Rede von Leuchtturmprojekten, dies insbesondere auch im Bereich der Produktion erneuerbarer Energien in unserer Region. Die von Daniel Fischer gewünschte Richtung ist daher bereits eingeschlagen und wir sollten nun rasch zu einer Entscheidung kommen.

**Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP):** An dieser Stelle breche ich die Sitzung wegen des Henkermöhlis ab, da die Diskussion wahrscheinlich noch ein wenig Zeit beanspruchen wird. Sie wird an der nächsten Sitzung fortgesetzt.

\*

Schluss der Sitzung: 9.25 Uhr

